

---

Wolfram Wette

## Gewerkschaften und Bundeswehr – ein schwieriges Verhältnis

---



*Prof. Dr. Wolfram Wette, geb. 1940 in Ludwigshafen/Rhein, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie in München, war von 1971 bis 1995 Historiker im Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) in Freiburg/Br. und lehrt seit 1998 Neueste Geschichte an der Universität Freiburg/Br.; Mitglied der Gewerkschaft ÖTV seit 1976; Mitbegründer und mehrfacher Sprecher des Arbeitskreises Historische Friedensforschung (AHF).*

---

Das Lamento deutscher Offiziere über die „militärfeindliche“ Haltung der Gewerkschaften ist so alt wie die Gewerkschaften selbst. Dabei war es zu Zeiten des Deutschen Kaiserreiches die Armee, welche die Gewerkschaften zu „inneren Feinden“ und „vaterlandslosen Gesellen“ stempelte. Nicht zuletzt wegen dieser Kampfansage hielten die Gewerkschaften ihrerseits über ein ganzes Jahrhundert hinweg auf Distanz zum deutschen Militär. Sie ließen sich von ihm nicht vereinnahmen oder gar instrumentalisieren, sondern entwickelten so etwas wie eine Gegenkultur zum zeitgenössischen Militarismus. Nicht zu unrecht ist daher von einer „hundertjährigen Feindschaft“ gesprochen worden.<sup>1</sup>

### Eine hundertjährige Feindschaft

Wo lagen die tieferen Ursachen für das langwährende, feindselige, zumindest schwierige Verhältnis von Militär und Gewerkschaften in Deutschland? Handelte es sich dabei - rückblickend betrachtet - um einen letztlich entbehrlichen Konflikt oder um eine in der Sache begründete und damit legitime Gegnerschaft, die sich aus unterschiedlichen Interessen und weit auseinander liegenden politischen Positionen speiste? Was musste sich ändern, damit dieses historisch schwer belastete Verhältnis besser werden konnte? Wann traten diese Veränderungen ein und wie stellt sich das Verhältnis von Gewerkschaften und Bundeswehr heute dar?

---

<sup>1</sup> Wilhelm Trottenberg, *Bundeswehr und Gewerkschaften (1945-1966). Ende einer hundertjährigen Feindschaft*, Münster/Hamburg 1995 (= Bonner Beiträge zur Politikwissenschaft 5).

Blicken wir zurück in die Entstehungsgeschichte der Gewerkschaften: Die politischen und gewerkschaftlichen Führer der deutschen Arbeiterbewegung erlebten das Militär als die wichtigste Stütze des autoritären nationalen Machtstaates. Im übrigen hielten sie die von der herrschenden Adelsschicht geführte Armee prinzipiell nicht für eine kulturelle Errungenschaft, sondern für ein ernstes Problem. Sie erkannten, dass sich dieses Militär nicht als ein Instrument in der Hand eines friedliebenden Staates verstand, sondern dass es - nach innen wie nach außen - den Orientierungen der Gewaltpolitik folgte. Wie selbstverständlich sah es sich auch zur Führung von Angriffs- und Eroberungskriegen legitimiert und bereitete sich auf solche vor. Mit einem kriegerischen Machtstaat dieses Art vermochten sich die Vertretungen der Arbeiter nicht zu identifizieren. Von ihrer eigenen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgabenstellung her gesehen war es nur folgerichtig, dass sie diesen Staat im Rahmen ihrer Möglichkeiten bekämpften.

Allerdings gab es auch damals schon Ambivalenzen. Mancher deutsche Arbeiter, der Mitglied einer Gewerkschaft oder der Sozialdemokratischen Partei war, der aber auch als wehrpflichtiger Soldat an den Reichseinigungskriegen zwischen 1866 und 1871 teilgenommen hatte und stolz auf die gemeinsam überstandenen Gefahren zurückblickte, ging aus diesem Grunde in einen der nationalistisch eingefärbten Kriegervereine und verfügte insoweit über so etwas wie eine doppelte Identität: „Das Mitglied der Kriegervereine, das Kaiser Wilhelm und Bebel oder Bismarck und dem Papst gleichermaßen Respekt und Verehrung entgegenbrachte, ist ein typisches Beispiel dieser Geisteshaltung.“<sup>2</sup> Auch in der organisierten Arbeiterschaft gab es eine diffuse Verehrung des nationalen Machtstaats. Er korrespondierte nicht selten mit einem beschaulichen, nicht aggressiv in die Zukunft gerichteten Gesinnungsmilitarismus. Als die Monarchie dann 1914 zu den Waffen rief, konnte sie sich diese Mentalität zunutze machen. Die jetzt erstmals strikt durchgeführte Allgemeine Wehrpflicht lieferte dem Kriegsstaat den Nachschub für das „Menschenschlachthaus“.<sup>3</sup>

In der deutschen Revolution von 1918/19 übernahm erstmals in der deutschen Geschichte ein sozialdemokratischer Politiker, der auch in der Gewerkschaftsbewegung verwurzelt war, die Verantwortung für das Militär. Zunächst tat er dies als „Volksbeauftragter für Heer und Marine“, sodann als „Reichswehrminister“. Als er sein schwieriges Ministeramt ausübte, war Gustav Noske bereits zwei Jahrzehnte lang Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes gewesen. In der revolutionären Umbruchphase handelte Noske auf eine besondere Weise: Er setzte Militär gegen demonstrierende Arbeiter und Soldaten ein, in denen er eine „bolschewistische Gefahr“ erblickte, und stellte mit „eiserner Faust“ die so genannte Ordnung wieder her. In den Unruhen des Jahres 1919, die auch „Nachkrieg“ genannt wurden, mussten mehrere Tausend Menschen ihr Leben lassen.

Mit dieser Gewaltpolitik im Inneren verlor Noske in zunehmendem Maße auch die Sympathien vieler Mitglieder seiner Partei und seiner Gewerkschaft.<sup>4</sup> Das gespannte Verhältnis spitzte sich in der Folgezeit immer mehr zu und führte schließlich zum Bruch. Im Frühjahr 1920 erklärte der Holzarbeiter-Verband die Mitgliedschaft Noskes als „erloschen“, was den Ausschluss bedeutete. Nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch gegen die Republik im

---

2 Thomas Rohkrämer, *Der Militarismus der „kleinen Leute“*. Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871-1914, München 1990, S. 265.

3 Der Begriff geht zurück auf den pazifistischen Pädagogen Wilhelm Lamszus, *Das Menschenschlachthaus*. Bilder vom kommenden Krieg, Hamburg 1911; vgl. auch Martin Kutz, *Nachschub für das „Menschenschlachthaus“ – Wehrpflicht und Dienstpflicht im industrialisierten Krieg*, in: *Allgemeine Wehrpflicht. Geschichte – Probleme – Perspektiven*, hrsg. v. Eckardt Opitz und Frank S. Rödiger, Bremen 1994, S. 46-66.

4 Protokoll des 11. ordentlichen Verbandstages des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Abgehalten zu Berlin 15.-21.6.1919, Berlin 1919, S. 246-249.

März 1920 trat der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), Carl Legien, entschieden für eine Amtsenthebung Noskes ein und trug damit maßgeblich zu dessen Sturz bei.<sup>5</sup>

Ein wichtiger Grund für die schweren Differenzen zwischen dem sozialdemokratischen Reichswehrminister und den Gewerkschaften bestand darin, dass dieser so genannte Freikorps - die nicht nur von den Gewerkschaften als reaktionär und konterrevolutionär eingeschätzt wurden - gegen demonstrierende Arbeiter schießen ließ.<sup>6</sup> Stattdessen hatten sie von dem sozialdemokratischen Militärminister erwartet, dass er das von der Regierung der Volksbeauftragten im Dezember 1918 erlassene „Volkswehrgesetz“ durchführte und damit eine neue, republiktreue Militärorganisation aufbaute. Die Gewerkschaften wollten schon damals den wehrpflichtigen „Staatsbürger im Waffenrock“, ausgestattet mit gesicherten Rechten und einem gefestigten demokratischen Bewusstsein<sup>7</sup> - und nicht eine Restauration der „kaiserlichen“ Offiziere, die mit der Republik auf Kriegsfuß standen. In Tausenden von gewerkschaftlichen Zusammenkünften wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 beschlossen, das Freiwilligenheer „zu meiden wie die Pest“ und Gewerkschaftsmitglieder, die diesen Beschluss missachteten, als „Verräter am Proletariat“ anzusehen.<sup>8</sup> Noske seinerseits stellte solche Boykottaufrufe unter schwere Strafe, erreichte damit aber nichts. Denn die Werbeoffiziere der Freikorps achteten ihrerseits darauf, dass keine Gewerkschaftler in ihre Verbände einsickerten.

Die Lage war also gekennzeichnet durch Konfrontation und Feindseligkeit. Diese Konfliktkonstellation blieb für das Verhältnis von Reichswehr und Gewerkschaften während der gesamten Dauer der Weimarer Republik bestimmend. In diesem Staat stellte die Reichswehr ein mächtiges vordemokratisches Relikt dar und definierte sich als „Staat im Staate“. So blieb die Gewerkschaftsbewegung, welche die Weimarer Republik grundsätzlich bejahte, wiederum auf voller Distanz zu dem militärischen Instrument eben dieses Staates. Zu einem der republikanischen Stabilität dienenden Interessenausgleich zwischen den beiden Organisationen kam es nicht.

Die ideologische Feindseligkeit wurde noch dadurch betont, dass viele Gewerkschaftsmitglieder, die von 1914 bis 1918 Kriegsdienst geleistet hatten, in den frühen Jahren der Weimarer Republik die „Nie-wieder-Krieg-Bewegung“ unterstützten, die zwischen 1920 und 1924 beeindruckende Massenkundgebungen veranstaltete.<sup>9</sup> Sie protestierten damit gegen die militaristische Kultur in Deutschland, die nach ihrer Überzeugung den Weltkrieg hervorgebracht hatte, und setzten gleichzeitig ein antimilitaristisches Zeichen für die Zukunft. Dieses wurde wiederum von der Reichswehr als eine direkte Kampfansage wahrgenommen. Als das breite republikanisch-gewerkschaftlich-pazifistische Bündnis gegen den Krieg dann wegen Führungs rivalitäten auseinander brach, übernahmen die Gewerkschaften im Jahre 1925 die Antikriegsbewegung und führten selbstständig den „Antikriegstag“ ein, der alljährlich am 1. Mai abgehalten wurde.

---

5 Wolfram Wette, Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 21987, S. 608.

6 Weitere Gründe werden dargelegt bei Wette, Noske, Kapitel „Gespanntes Verhältnis zu den Gewerkschaften“, S. 607-626.

7 Manfred Gessner, Wehrfrage und freie Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1918 bis 1933 in Deutschland, Phil. Diss., Berlin 1962, S. 302 f.

8 Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, S. 120.

9 Vgl. Reinhold Lütgemeier-Davin, Basismobilisierung gegen den Krieg. Die Nie-wieder-Krieg-Bewegung in der Weimarer Republik, in: Pazifismus in der Weimarer Republik, hrsg. v. Karl Holl und Wolfram Wette, Paderborn 1981, S. 47-76.

Die gewerkschaftlichen Anstrengungen gegen einen neuen Krieg mündeten im Jahre 1932 in eine vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) getragene Kampagne für Abrüstung. Deutsche Gewerkschaftler beobachteten mit großer Sorge die geheime deutsche Aufrüstung, welche die Vision eines neuen Krieges hervorrief, in dem die Arbeiter - in der Rolle des „kleinen Mannes“ in Uniform - sich erneut als „Kanonenfutter“ wieder finden würden. Seit Beginn des Zweiten Weltkrieges hatten die kriegsdienstpflichtigen Arbeiter denn auch den Befehlen von Wehrmachtsoffizieren Folge zu leisten, die im Osten und Süden Europas einen rassenideologischen Vernichtungskrieg führten und die auch auf den anderen europäischen Kriegsschauplätzen keinen Wert darauf legten, dass das geltende Kriegsvölkerrecht beachtet wurde.<sup>10</sup> Nach dem vollständigen Sieg der Kriegsgegner Deutschlands im Jahre 1945 war bei den Siegermächten wie auch bei vielen Deutschen die Überzeugung allgemein, dass mit dem Militär und mit dem Militarismus nun endlich gebrochen werden müsse. „Nie wieder Krieg!“ und „Nie wieder Militär!“ lauteten die gängigen Parolen im Deutschland der Nachkriegszeit.

### **Wachsendes gegenseitiges Verständnis**

Als dann wenige Jahre später erkennbar wurde, dass die Regierung Adenauer eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik anstrebte, befanden sich die Gewerkschaften zunächst auf der Seite jener Deutschen, die eine „Remilitarisierung“ ablehnten, und das war damals durchaus die Bevölkerungsmehrheit in der Bundesrepublik Deutschland. Gleichzeitig rangen sich jedoch einzelne Gewerkschaftsführer wie Hans Böckler, Ludwig Rosenberg, Christian Fette und Walter Freitag zu einer grundsätzlichen Anerkennung der Notwendigkeit eines westdeutschen Militärs durch und bereiteten damit den Boden für die spätere Mitwirkung der Gewerkschaften an der Ausgestaltung der Wehrgesetzgebung.

Wie 1918/19 sollte auch jetzt wieder ein Politiker aus den Reihen der Gewerkschaften die Militärpolitik legitimieren. In der jungen Bundesrepublik fiel diese Rolle dem christlichen Gewerkschaftler Theodor Blank (CDU) zu, der von Adenauer zum „Bevollmächtigten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“ bestellt wurde. Zusammen mit Blank und den Reformoffizieren um den Grafen Baudissin verfolgten die Gewerkschaften die Linie, mit der militaristischen deutschen Vergangenheit und mit dem Vorbild Wehrmacht zu brechen.<sup>11</sup> Ihre neuen Leitvorstellungen waren der Bürger-Soldat, der in die demokratische Gesellschaft eingegliedert werden sollte, die strikte - verfassungsrechtliche wie praktische - Unterordnung des Militärs unter den Primat der Politik und die Kontrollfunktion des Parlaments über das Militär. In den neuen Streitkräften sollte es keine Untertanengesinnung mehr geben, keinen Kadavergehorsam und keine Kasernenhoftyrannie unseligen Angedenkens, sondern den mitdenkenden und mitverantwortenden „Staatsbürger in Uniform“. Die Gewerkschaften sind diesem Konzept immer treu geblieben. Aber ihnen fehlte die praktische Möglichkeit und die Kompetenz, den internen Widerstand der Traditionalisten unter den Militärs gegen dieses Reformkonzept angemessen wahrzunehmen.

---

10 Vgl. dazu jetzt: *Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert*, hrsg. v. Wolfram Wette und Gerd R. Ueberschär, Darmstadt 2001, Teil II: Deutsche Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg.

11 Vgl. dazu im einzelnen Detlef Bald, *Kämpfe um die Dominanz des Militärischen in der Bundeswehr*, in: Detlef Bald/Johannes Klotz/Wolfram Wette, *Mythos Wehrmacht. Nachkriegsdebatten und Traditionspflege*, Berlin 2002.

Obwohl sich die Gewerkschaften seit Mitte der 1950er-Jahre mit dem Tatbestand abfanden, dass eine Bundeswehr aufgestellt wurde - und damit die Feindkonstellation früherer Zeiten dem Grundsatz nach überwunden war -, blieb das Klima zwischen Gewerkschaften und Bundeswehr frostig. Wie weit man auseinander war, zeigte sich beispielsweise in den jahrelangen Auseinandersetzungen über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr<sup>12</sup> beziehungsweise über die Einbeziehung Westdeutschlands in die Atomstrategie des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses. Eine Zeit lang standen die Gewerkschaften an der Spitze der westdeutschen „Kampf-dem-Atomtod“-Bewegung.<sup>13</sup> Als diese sich in der Weise radikalisierte, dass ein politischer Generalstreik gegen die Atombewaffnung erwogen wurde, kehrte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im Jahre 1959 dieser Protestbewegung den Rücken und läutete damit gleichzeitig deren Ende ein.

Im ersten Jahrzehnt der Geschichte der Bundeswehr waren die Verteidigungsminister Theodor Blank (CDU), Franz Josef Strauss (CSU) und Kai-Uwe von Hassel (CDU) bestrebt, die traditionellen Spannungen zwischen Gewerkschaften und Bundeswehr zu glätten, um den Aufbau der Bundeswehr nicht zu gefährden. Spitzengespräche sowie gemeinsame Tagungen, die nicht selten in der Schule der Bundeswehr für Innere Führung in Koblenz stattfanden, sollten eine Annäherung begünstigen. Diese Kontakte waren von dem Bemühen geprägt, politische Fragen möglichst auszuklammern, da sie nicht zum eigentlichen Aufgabenbereich von Gewerkschaften und Bundeswehr gehörten, und sich auf die Beratung organisatorischer und sozialer Fragen zu beschränken.

Unabhängig davon ließ es sich ein Mann wie der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker nicht nehmen, immer wieder öffentlich „für Völkerverständigung und Frieden“ zu werben sowie für die Einsicht, dass Kriege durchaus vermeidbar seien und Streitfragen auf politischem Wege gelöst werden müssten.<sup>14</sup> Innerhalb der Bundeswehr mögen solche politischen Erklärungen als eine indirekte Infragestellung der Bundeswehr verstanden worden sein.

Die Bekundungen von Bundeswehr- und Gewerkschaftsspitze, dass man sich gegenseitig respektiere, konnten allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich seinerzeit noch keine regelten Formen des Zusammenlebens entwickelt hatten. Einen wesentlichen Konfliktpunkt stellte der Tatbestand dar, dass die Bundeswehr in ihren Reihen keine Gewerkschaft dulden, sondern nur einen eigenen Berufsverband als Standesvertretung haben wollte. Die Gewerkschaften ihrerseits waren schon Mitte der 1950er-Jahre bereit, einen Beitrag zur Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft zu leisten.<sup>15</sup> Die für die gewerkschaftliche Organisation von Soldaten im öffentlichen Dienst formal zuständige Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) erklärte damals, sie wolle sich der sozialen und beruflichen Belange der Soldaten annehmen und ihre Interessen vertreten.

Allerdings folgte nur eine winzige Minderheit der Berufs- und Zeitsoldaten dem Angebot der ÖTV und beantragte ihre Mitgliedschaft. Dagegen hatte der Deutsche Bundeswehr-Verband (DBwV) enormen Zulauf, obwohl er nicht berechtigt war, Tarifverhandlungen zu führen. Im Jahre 1970 war etwa die Hälfte aller Berufs- und Zeitsoldaten der Bundeswehr, um

---

12 Vgl. Detlef Bald, Die Atombewaffnung der Bundeswehr. Militär, Öffentlichkeit und Politik in der Ära Adenauer, Bremen 1994.

13 Vgl. Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren, Köln 1984 sowie Wolfram Wette, Pazifismus im Atomzeitalter. Von der deutschen Anti-Atombewegung der fünfziger Jahre zur Friedensbewegung der achtziger Jahre, in: Krieg und Literatur. War and Literature. Internationales Jahrbuch zur Kriegs- und Antikriegsliteraturforschung, hrsg. vom Erich Maria Remarque-Archiv, Osnabrück/Bramsche 1996, S. 7-24.

14 Trottenberg, Bundeswehr, S. 322.

15 Trottenberg, Bundeswehr, S. 314.

die 130000 Personen, Mitglied dieses berufsständischen Verbandes, und lediglich etwa 2000 waren Mitglieder der ÖTV.<sup>16</sup> Die Funktionäre des Bundeswehrverbandes verfügten über enge Verbindungen zu allen wichtigen Stellen im militärischen Apparat, fühlten sich den militärischen Interessen auf das Engste verbunden und kamen insoweit der Mentalität der Berufs- und Zeitsoldaten weit mehr entgegen als eine Gewerkschaft dies konnte und wollte.

Mitte der 1960er-Jahre gab die ÖTV ihre bis dahin geübte Zurückhaltung in der Werbung von Mitgliedern unter den Angehörigen der Bundeswehr auf. Gedeckt durch das im Grundgesetz garantierte Koalitionsrecht, beschloss der ÖTV-Vorstand im Dezember 1964, nun auch in den Kasernen um Soldaten als Mitglieder zu werben. Das löste unter den - in der Bundeswehr seit jeher tonangebenden - Traditionalisten Empörung und Proteste aus. Sie lebten noch immer in der antiquierten Vorstellung, Soldaten - besonders Offiziere - seien etwas „Besonderes“, sie hätten das Recht, nicht nur ein spezifisches Elitebewusstsein zu pflegen, sondern auch eine eigene Berufsvertretung außerhalb der Gewerkschaften zu besitzen. Der Bundeswehrverband stimmte seinerzeit in diese aggressive Abwehrhaltung ein.<sup>17</sup> Diese Sicht fand in einer ministeriellen Weisung vom März 1965 ihren Niederschlag. Sie erwies sich allerdings als verfassungsrechtlich nicht gedeckt, so dass das Verteidigungsministerium nachgeben und mit einem neuen - nunmehr verfassungskonformen - „Gewerkschaftserlass“, den Minister Kai-Uwe von Hassel (CDU) am 1. August 1966 unterzeichnete, die Kasernentore für die ÖTV öffnen musste. Damit wurde ein schwer wiegender Konflikt vermieden und ein weiterer Schritt in Richtung Normalisierung des Verhältnisses von Bundeswehr und Gewerkschaften getan.<sup>18</sup>

Sichtbarstes Zeichen für die politische Brisanz der Auseinandersetzungen über diese Frage war der im Zusammenhang mit dem ÖTV-Erlass erfolgte spektakuläre Rücktritt des Generalinspektors der Bundeswehr, General Heinz Trettner, am 15. August 1966. Der oberste Soldat begründete seinen Schritt vor allem damit, dass die militärische Führung bei der Abfassung des neuen Erlasses über die gewerkschaftliche Betätigung innerhalb der Bundeswehr ausgeschaltet worden sei.<sup>19</sup> Neben dieser Kritik an dem damaligen Minister von Hassel und seinem Staatssekretär Karl Gumbel wollte der von der Wehrmacht geprägte und dem Lager der Traditionalisten zugehörige General Trettner jedoch seinen Protest in der Sache ausdrücken.

Im Gegenzug zu dieser öffentlichkeitswirksamen Demission traten nun einige wenige hohe Offiziere, unter ihnen General Wolf Graf von Baudissin, demonstrativ in die Gewerkschaft ÖTV ein. Damit setzte der Protagonist der Militärreformer seinerseits ein Zeichen für ein positives Verhältnis von Gewerkschaften und Bundeswehr, das nach seiner Überzeugung von großer Bedeutung für die Stabilität der Demokratie insgesamt war. Baudissins Bekenntnis zur ÖTV zog allerdings keine Beitrittswelle nach sich, sondern stieß erwartungsgemäß auf die Missbilligung des traditionalistischen Militärs.

Die erzwungene Öffnung der Kasernen für die ÖTV im Jahre 1966 wurde gelegentlich als das zumindest formelle „Ende einer hundertjährigen Feindschaft“<sup>20</sup> interpretiert. Tatsächlich war die frühere Konfliktkonstellation entschärft und das gegenseitige Verständnis gewachsen. Aber die Traditionen der hundertjährigen Feindschaft ließen sich nicht einfach

---

16 Zahlen bei Trottenberg, Bundeswehr, S. 316.

17 Trottenberg, Bundeswehr, S. 351-353.

18 So auch das Urteil von Trottenberg, Bundeswehr, S. 378.

19 So die Aussage Trettners im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages am 1.9.1966. Protokoll veröffentlicht in: Der Spiegel v. 5.9.1966, S. 32-34; vgl. auch Trottenberg, Bundeswehr, S. 351 f. und 374.

20 Trottenberg, Bundeswehr.

abschütteln. Das zeigte sich unter anderem an der Entwicklung, dass die meisten Berufs- und Zeitsoldaten nach wie vor der ÖTV fern blieben und sich stattdessen im militärnahen Bundeswehrverband organisierten. Die Annäherung hat in der Folgezeit beispielsweise auch nicht dazu geführt, dass sich die Bundeswehr am jährlich abgehaltenen Antikriegstag der Gewerkschaften beteiligte.

Als Nachfolger des sozialdemokratischen Politikers Helmut Schmidt wurde mit Georg Leber (SPD) in den 1970er-Jahren ein prominenter Gewerkschaftsführer Bundesminister der Verteidigung. Nach Gustav Noske (SPD) und Theodor Blank (CDU) war er der dritte Militärminister in der deutschen Geschichte, der auf eine Biographie als Gewerkschaftler verweisen konnte, in diesem Falle als langjähriger Vorsitzender der IG Bau-Steine-Erden. Leber war mehr als alle Minister vor ihm bemüht, die alten Gräben zuzuschütten und zu einem sachlichen Verhältnis von Gewerkschaften und Bundeswehr beizutragen<sup>21</sup>. Er hatte damit auch beträchtlichen Erfolg, wie seine Charakterisierung als „Soldatenvater“<sup>22</sup> erkennen lässt. Allerdings stieg unter seiner Verantwortung auch der Anteil der Militärausgaben am Staatsbudget stärker als je zuvor.

### **Vor neuen Herausforderungen**

Die eingangs gestellte Frage lautete, ob es sich bei dem schwierigen Verhältnis von Gewerkschaften und Militär in Deutschland um einen entbehrlichen Konflikt handelte oder um eine legitime, in der Sache begründete Gegnerschaft. Wie gezeigt werden konnte, speiste sich die Gegnerschaft aus unterschiedlichen Interessen und weit auseinander liegenden politischen Positionen. Die Gewerkschaften kämpften von ihrer Gründung an für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der abhängig Beschäftigten, was nur unter der Voraussetzung Erfolg versprechend war, dass Frieden, Freiheit und Demokratie herrschten. Das Militär widersetzte sich in Deutschland vor 1945 der Demokratie und förderte verschiedene Formen des autoritären, ja diktatorischen, jedenfalls kriegerischen Machtstaates. Kraft seines eigenen gesellschaftlichen Gewichts und seiner Einbindung in das nationalistische und demokratiefeindliche politische Kräftespektrum konnte sich das Militär immer wieder durchsetzen. Auch die Gleichschaltung der politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen - Gewerkschaften eingeschlossen - in den Jahren 1933 und 1934 fand durchaus die Zustimmung der Führer der Reichswehr und späteren Wehrmacht.

Vor diesem geschichtlichen Hintergrund war das „Jahrhundert der Feindschaft“ zwischen Gewerkschaften und Militär zwangsläufig. Erst die strukturelle Einbindung des Militärs in die demokratische Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland schuf die notwendigen Voraussetzungen für eine allmähliche Verbesserung des Verhältnisses. Seit 1966 muss das Offizierkorps der Bundeswehr die Gewerkschaften akzeptieren. Die Bundeswehr muss es zulassen, dass sich nicht nur das zivile Personal, sondern auch die Soldaten gewerkschaftlich organisieren. Wenn dies in der Praxis bis zum heutigen Tage nur in geringem Umfang geschehen ist, so zeigt dies, in welchem Ausmaß noch immer traditionsreiche Animositäten fortwirken.

---

21 Vgl. Georg Leber, Vom Frieden, Stuttgart o. J.

22 Hans Jochen Vogel, Viele Maßstäbe gesetzt. Georg Leber zum 65. Geburtstag, in: Vorwärts Nr. 41, 5.10.1985, S. 19.

Alljährlich erinnern die Gewerkschaften an ihrem Antikriegstag, dem 1. September - in Erinnerung an den Kriegsbeginn 1939 -, an ihre eigene, den Werten Frieden, Demokratie und Arbeit verpflichtete Tradition. Damit demonstrieren sie gleichzeitig ihre historisch gewachsene Distanz zu Krieg, Gewalt und Militär. Bei dieser Gelegenheit gehen die Vertreter der Gewerkschaften auch auf die aktuellen Gefährdungen des Friedens und auf die Gefahren kriegerischer Konflikte ein. Die Angehörigen der Bundeswehr sind gut beraten, diese Mahnungen als legitime Meinungsäußerung von Repräsentanten jener gesellschaftlichen Schicht zu akzeptieren, deren Angehörige nicht vergessen haben, dass sie in der jüngeren deutschen Geschichte vielfach als Kanonenfutter missbraucht wurden.

Vor dem Hintergrund ihrer kriegsgegnerischen Tradition stehen die Gewerkschaften heute vor neuen Herausforderungen. Denn seit dem Ende des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts, also seit 1989/90 und nicht erst seit dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001, erleben wir in dem vereinigten Deutschland die Renaissance einer Außenpolitik, die - nach einigen Jahren der Gewöhnung - den Einsatz des Militärs mit zunehmender Selbstverständlichkeit praktiziert. Dieser fundamentale Wandel hin zu einer Politik, die den Krieg als Mittel wieder akzeptiert und sich damit von den Hemmungen befreit, die zwei Weltkriege bewirkt hatten, ist in der deutschen Öffentlichkeit nie wirklich diskutiert worden. Als Folge des 11. September 2001 wird eine zivile Konfliktbewältigung gar als realitätsfern abgetan. Die Gegenbewegung wird kommen. Es stünde den Gewerkschaften gut an, sich ihrer kriegsgegnerischen Wurzeln wieder bewusst zu werden und sich entsprechend zu positionieren.